

25.04.2023

Antrag

der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Journalismus braucht Freiheit – Demokratie ist ohne die Freiheit der Meinung und ohne die Freiheit der Medien undenkbar

I. Ausgangslage

In diesem Jahr jährt sich zum 30. Mal, dass die Vereinten Nationen den Internationalen Tag der Pressefreiheit initiiert haben. Am 20. Dezember 1993 hat die UN-Generalversammlung den 3. Mai zum Welttag der Pressefreiheit erklärt. An diesem Tag wird weltweit darauf aufmerksam gemacht, dass die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung Grundpfeiler der Demokratie und für den Fortbestand von Medien- und Meinungsvielfalt in demokratischen Gesellschaften integraler Bestandteil sind.

Gleichzeitig macht der Tag der Pressefreiheit darauf aufmerksam, wo weltweit die freie Berichterstattung gefährdet ist, wo Pressefreiheit verletzt wird oder gar nicht wahrgenommen werden kann, wo Journalistinnen und Journalisten angegriffen werden und Medienvielfalt eingeschränkt ist.

Wir sehen in Ländern, in denen die Medien ihre kontrollierende Funktion der Politik und der Regierenden nicht wahrnehmen können, welche Folgen das für die Meinungsfreiheit, die politische Bildung, die politische Teilhabe der Bevölkerung und am Ende für die Demokratie hat. Regierungen, die keine kritischen Berichte dulden, freie Medien, die drangsaliert werden, Internet, Zeitungen, Radio und Fernsehen unter staatlicher Kontrolle – das ist leider in vielen Ländern Realität. Im Gegensatz dazu wird in Deutschland die Pressefreiheit durch das Grundgesetz garantiert und geschützt.

Aber auch für uns in Deutschland und Nordrhein-Westfalen gilt: Gerade in herausfordernden Krisenzeiten und vor allem dann, wenn der öffentliche Diskurs in der Demokratie durch den Versuch von Desinformation angegriffen wird, sind unabhängige Medienangebote und unabhängiger Journalismus umso wichtiger. Der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk in Deutschland und besonders der WDR in NRW, die freie Presse, RTL, SAT1/ProSieben und der Lokalfunk NRW müssen zentrale Säulen des unabhängigen Journalismus und der kritischen Berichterstattung bleiben und benötigen bestmögliche Rahmenbedingungen, um frei arbeiten zu können. Die Bedrohungen gegen Journalisten und Angriffe auf Reporter sind absolut nicht hinnehmbar. Solche Angriffe sind immer auch Angriffe auf die Pressefreiheit als Ganzes und auf unsere Demokratie.

Desinformation, Verschwörungsmythen und Hass im Netz muss weiterhin mit gründlicher Recherche, belegbaren Fakten, objektiver und kritischer Berichterstattung begegnet werden. So kann unabhängiger Journalismus Vertrauen in das Funktionieren unserer gesellschaftlichen Ordnung stärken.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Der Landtag verurteilt Einschränkungen der Pressefreiheit, insbesondere Angriffe, Hetze, Einschüchterungsversuche und Gewalt gegen Medienschaffende.
- Journalismus braucht Freiheit. Nur dann kann er leisten, was ihn für Gesellschaften so wichtig macht, vor allem Informationsvermittlung, Meinungsbildung und die Kontrolle der Regierenden.
- Vertrauenswürdiger, verlässlicher und vielfältiger Journalismus ist ein kostbarer Schatz für eine demokratische Gesellschaft.
- Die Pressefreiheit ist ein hohes Gut, das jeden Tag aufs Neue verteidigt werden muss. Deswegen ist es unsere Pflicht, zu gewährleisten, dass Medienschaffende ihre Arbeit ungehindert wahrnehmen können. Die freie und ungehinderte Berichterstattung durch die Medien ist ein elementares Wesensmerkmal von Demokratie und Rechtsstaat. Umgekehrt sind Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten, auf die Presse- und Meinungsfreiheit immer auch ein Angriff auf die Demokratie. Sie zu schützen, muss Ziel von uns allen sein.
- Politische Bildung und Medienbildung sind wirksame vorbeugende Maßnahmen gegen die Gefahren von Hassrede und Desinformation, weil sie den kritischen und verantwortungsbewussten Umgang mit Medien vermitteln.
- Die Pressefreiheit und das Gebot der Staatsferne ermöglichen es Journalistinnen und Journalisten, unabhängig und unbeeinflusst über Ereignisse und Entwicklungen zu berichten und Informationen zu verbreiten.
- Nordrhein-Westfalen hat eine vielfältige, starke und vor allem unabhängige Medienlandschaft. Gerade in den letzten drei Jahren mit Pandemie, Flutkatastrophe und Ukraine-Krieg ist das Bedürfnis nach sogenanntem Trusted Content größer geworden. Die Menschen fragen nach vertrauenswürdigen Quellen, die Informationen glaubwürdig vermitteln, komplexe Sachverhalte verständlich erklären und Zusammenhänge verlässlich einordnen. In Zeiten zunehmender Polarisierung ist Medienvielfalt zudem ein Schutzschild gegen gezielte Desinformation, gerade in den sozialen Medien.
- Wir brauchen die Bündelung aller Kräfte aus Politik, Medien, Aufsicht, Justiz und Plattformbetreibern, damit sich die Menschen unseres Landes auch in Zukunft über vertrauenswürdige, verlässliche und unabhängige Medien informieren und damit sie frei ihre Meinung bilden können.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- ihre Anstrengungen, Bürgerinnen und Bürgern für die Gefahren von Desinformation und Verschwörungsmythen zu sensibilisieren und barrierefreien Zugang zu Informationen

und Qualitätsmedien zu gewährleisten, damit sie informierte Entscheidungen treffen und sich an der politischen Diskussion beteiligen können, weiterhin zielgerichtet fortzusetzen und wo nötig auszuweiten.

- Medienschaffende gegen Hassrede, Bedrohungen und Angriffe weiterhin zu schützen und ergebnisorientiert an der Fortschreibung der „Verhaltensgrundsätze zur Vermeidung von Behinderungen bei der Durchführung polizeilicher Aufgaben und der freien Ausübung der Berichterstattung“ mitzuwirken, diese ggfls. zu aktualisieren und an neue Gegebenheiten anzupassen
- den Austausch mit den journalistischen Fachverbänden und -vertretungen fortzusetzen.
- weiterhin Medienkompetenz als Schlüsselqualifikation für die digitale Welt zu stärken, zu prüfen, wie dies über alle Alters- und Zielgruppen hinweg möglich ist, damit die Menschen lernen, kritisch und reflektiert insbesondere mit den Sozialen Medien, mit Fake News und Desinformation sowie mit Demokratiefeindlichkeit im Netz umzugehen.
- weiterhin einen Journalismus zu stärken, der konstruktive Impulse setzt, den Wissensaustausch in der Branche vorantreibt, sich an den Bedürfnissen der Nutzer orientiert und Perspektiven aufzeigt.
- sich weiterhin beim Bund dafür einzusetzen, dass Journalismus in der Abgabenordnung als gemeinnützige Tätigkeit anerkannt wird.
- Initiativen für verbesserte Ausbildung und Maßnahmen zur Nachwuchs-Gewinnung und zur Förderung von Lokaljournalismus zu unterstützen.

Thorsten Schick	Wibke Brems
Matthias Kerkhoff	Verena Schäffer
Bianca Winkelmann	Mehrdad Mostofizadeh
Andrea Stulich	Dr. Julia Höller
Heike Wermer	Anja von Marenholtz
	Frank Jablonski

und Fraktion

und Fraktion